Die Ineffizienz des deutschen Wissenschaftssystems

Exzellenzcluster als Arbeitsmarktdesaster: Deutschland ist Exportweltmeister – beim akademischen Personal, vor allem in den Geisteswissenschaften. Für die DFG, den Wissenschaftsrat und die Universitäten kann es gar nicht genug Nachwuchskräfte geben, die den wolkigen Großprojekten der sogenannten „Verbundforschung" zugeführt werden – um danach ohne Stelle dazustehen. *Von Caspar Hirschi*

Exzellenzcluster ähneln Bienenschwärmen durch strenge Hierarchie und hochgradige Arbeitsteilung, kennen aber keine klaren Aufgaben und keine Kooperation. Foto dpa

Annette Schavan erheitert ihre Kritiker immer mehr. Beim Versuch, in der „Süddeutschen Zeitung" die eigene forschungsministerliche Glaubwürdigkeit inmitten der Guttenberg-Groteske zu retten, verurteilte sie nicht nur „Raubkopien", womit sie offenbar Plagiate meinte, sondern meinte auch: „Das deutsche Wissenschaftssystem ist so effizient wie kein zweites auf der Welt." Unglücklich für diese Behauptung ist, dass es Forschung zur wissenschaftlichen Effizienz von Staaten gibt. Zwischen ihren Ergebnissen und der Aussage der deutschen Forschungsministerin gibt es keine Übereinstimmungen. Deutschland rangiert deutlich hinter den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Kanada und hinter den Kleinstaaten Schweiz, Schweden und Israel. Seine wissenschaftliche Effizienz wird etwa gleich hoch eingestuft wie jene Österreichs und Frankreichs. Nur in Physik und den Ingenieurwissenschaften erreicht Deutschland noch Spitzenwerte.

In einer Sparte jedoch, das muss man Frau Schavan zugutehalten, besitzt die deutsche Wissenschaft eine weltweit unerreichte Effizienz. Leider wird sie von den einschlägigen Studien nicht gewürdigt. Es handelt sich um die Überschussproduktion von jungen Wissenschaftlern. Sie macht Deutschland beim akademischen Personal zum Exportweltmeister.

Wie hat sich das deutsche Wissenschaftssystem diesen Spitzenrang erobert? Hier kommen kulturelle, strukturelle und forschungspolitische Faktoren zusammen. Kulturell profitiert das deutsche Wissenschaftssystem noch immer, wenn auch unterschwellig, von der bildungsbürgerlichen Verehrung für Geistesakrobatik im Allgemeinen und für Forschung im Besonderen. In kaum einem anderen westlichen Land sind das Ansehen der Wissenschaft und das Prestige von Professoren so hoch wie in Deutschland. Das sind hervorragende Voraussetzungen, um viele Studenten von einer wissenschaftlichen Karriere träumen zu lassen.

Die relative Leichtigkeit, mit der das deutsche Wissenschaftssystem junge Leute rekrutieren kann, hat jedoch auch dazu beigetragen, dass an den Universitäten sklerotische Strukturen überleben konnten, die ihrerseits die Produktion überschüssiger Wissenschaftler angetrieben haben. Hauptkennzeichen dieser Strukturen ist die Konzentration der akademischen Macht bei einer kleinen Minderheit unbefristet beschäftigter Forscher: den Professoren. Sie stellen in Deutschland gut zehn Prozent des wissenschaftlichen Personals. Der große Rest der Mitarbeiter, Privatdozenten und Lehrbeauftragten ist befristet angestellt und den Professoren direkt oder indirekt unterstellt.

Günstlinge bei Hofe

Die Position der Mitarbeiter an deutschen Universitäten entspricht in vielem jener von Günstlingen an vormodernen Fürstenhöfen. Um sich im akademischen Betrieb zu halten, müssen sie den Ruhm ihres professoralen Patrons durch treue Dienste und wissenschaftliche Taten erhöhen. Ein entscheidender Unterschied zum Fürstenhof besteht jedoch darin, dass Gönner und Günstling im gleichen Feld agieren, womit sie, sobald sich der Günstling einen eigenen Namen gemacht hat, zwangsläufig in ein Konkurrenzverhältnis treten. Das macht das Konfliktpotential ihrer Beziehung größer und den Spielraum des Günstlings kleiner.

Dass in diesen Strukturen Wissenschaftler im Überschuss produziert werden, hat zwei Gründe: Erstens trägt die Größe des Hofstaates zur Größe des Fürsten bei, was einen professoralen Wettstreit um Mitarbeiterzahlen in Gang hält, der den Reproduktionsbedarf des Systems chronisch übersteigt. Zweitens ist es für die hierarchische Stabilität der Patronagebeziehung von Vorteil, Günstlinge möglichst lange im Ungewissen zu lassen, ob sie es auf eine Professur schaffen oder nicht; dafür müssen viele Qualifikationshürden aufgestellt und viele überzählige Wissenschaftler im System mitgeschleppt werden. Wenn diese dann zwischen vierzig und fünfzig noch immer ohne Professur dastehen, haben sie die Wahl zwischen dem Abwandern ins Ausland oder dem Absinken in Armut. Letzteres gilt vor allem für Geisteswissenschaftler.

Gerade in den Geisteswissenschaften hat sich nun aber der forschungspolitische Faktor der personellen Überproduktion besonders stark niedergeschlagen. Das hängt damit zusammen, dass sich die deutsche Forschungsbürokratie in den Dienst des professoralen Größenwettbewerbs gestellt hat, zuerst mit der Gründung der Sonderforschungsbereiche 1968, dann mit der Exzellenzinitiative seit 2005. Da die Geisteswissenschaften die riesigen Fördersummen nicht für Laboreinrichtungen und teure Geräte ausgeben müssen, dürfen sie diese größtenteils in Personalstellen stecken, und so können mit einem einzigen bewilligten Antrag wenige Professuren mit Dutzenden neuer Mitarbeiterstellen geschmückt werden.

Die deutschen Geisteswissenschaften haben dafür eine Form der Verbundforschung erfunden, die, anders als in Großbritannien und den Vereinigten Staaten, weder einer präzisen Problemstellung, einer konkreten Kooperationsform noch eines klaren Erkenntniszieles bedarf, sondern gewaltige Wissenschaftlerschwärme in projektteilig inszenierten Formationen um Allgemeinbegriffe kreisen lässt. Funktional gesehen, stellen Großprojekte zu so trennscharfen Themen wie „Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und Moderne" (Münster) oder „Asia and Europe: Changing Asymmetries in Cultural Flows" (Heidelberg) nicht, wie Kritiker monieren, eine Verirrung, sondern die Vollendung der Verbundforschung à l'Allemande dar.

Wie sehr die Produktion wissenschaftlichen Personals mittlerweile der Produktion wissenschaftlicher Ergebnisse übergeordnet ist, zeigt sich daran, dass die Großverbünde der Exzellenzinitiative zugleich als Instrumente der Forschungsförderung und der universitären Flurbereinigung eingesetzt werden. Sie sollen, wie es heißt, zu einer „Ausdifferenzierung" der Forschungslandschaft führen. Nach welchen Regeln aber spielt sich diese Flurbereinigung in den Geisteswissenschaften ab, die sich ja bisher einer qualitativen Evaluation ihrer Forschungsergebnisse verweigert haben? Man orientiert sich an quantitativen Errungenschaften. Ein Cluster gilt bereits aufgrund seines personellen Umfangs als Leistungsausweis, denn Größe und also Aufmerksamkeit sind der halbe Weg zum wissenschaftlichen Erfolg. Entsprechend sieht der Wissenschaftsrat „die spezifischen Vorteile" der Forschungsverbünde im „Gewinn an Sichtbarkeit" – und in der „Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses".

Geisteswissenschaftliche Großverbünde erfüllen damit die Funktion eines Evaluationsersatzes zur Legitimation forschungspolitischer Weichenstellungen. Der Unterschied zu klassischen Evaluationsverfahren besteht bloß darin, dass die Bewertung nicht nach, sondern vor der erbrachten Forschungsleistung erfolgt. Als besonders erfolgreich gilt, wer zur Überschussproduktion von Wissenschaftlern besonders viel beiträgt.

Lehrstühle auflösen!

Die Folgen dieser Reputationsausschüttung spiegeln sich in den jüngsten Hochschulstatistiken: Allein zwischen 2003 und 2009 sind die Mitarbeiterstellen an deutschen Universitäten um 33 Prozent auf 139 407 angestiegen, während die Professuren – inklusive Juniorprofessuren – um bloß zwei Prozent auf 22 109 zugelegt haben. Bei den Geisteswissenschaften hat sich die Schere noch weiter geöffnet: Hier sind die Professuren um 0,5 Prozent auf 5228, die Mitarbeiterstellen jedoch um 43 Prozent, von 9884 auf 14 114, gewachsen. Im gleichen Zeitraum stieg auch die geisteswissenschaftliche Reservearmee der Privatdozenten und Lehrbeauftragten um 17 Prozent auf 11 004.

Was soll mit den Tausenden zusätzlichen Mitarbeitern nach dem Ende der Exzelleninitiative geschehen? Dass die Pappmaché-Strukturen von Clustern und Graduiertenkollegs in feste Formen gegossen werden, ist unwahrscheinlich. Die Länder können sich die dazu nötigen Mittel und die Universitäten die dazu nötigen Machtkämpfe nicht leisten. Selbst der Wissenschaftsrat räumt ein, dass die meisten Mitarbeiter an deutschen Universitäten keine Zukunft haben. Er schafft es dann aber, das Problem elegant „outzusourcen": „Da aber (1) diese Beschäftigungsverhältnisse zum Großteil befristet abgeschlossen werden und (2) die Zahl der für den Hochschullehrerberuf Qualifizierten durch die neuen Fördermöglichkeiten im Rahmen der Exzellenzinitiative wiederum ansteigen wird, ist nach dem Ende der Förderung mit einem großen Angebot Hochqualifizierter zu rechnen, für die das globale Wissenschaftssystem vielfältige Optionen bietet." Angesichts des Kahlschlags, den Universitäten, allen voran ihre geisteswissenschaftlichen Abteilungen, in westlichen Ländern zu gewärtigen haben, dürfte diese zynische Prognose ein frommer Wunsch bleiben. Realistischer ist, dass die akademische Klasse der Überflüssigen in naher Zukunft noch einmal massive Verstärkung erhält.

Die entscheidenden Fragen zu den strukturellen Bedingungen wissenschaftlicher Originalität und Produktivität werden erst gar nicht gestellt: Wie kann die hohe Unsicherheit und Abhängigkeit von jungen Wissenschaftlern an deutschen Universitäten einer originellen Forschung förderlich sein? Und: Wie kann in universitären Strukturen, in denen eine kleine Minderheit auf Lebensstellen über eine große Mehrheit auf Zeitstellen herrscht, dem Ideal einer wissenschaftlichen Kommunikation nachgelebt werden, in der Wahrheitsfragen so wenig wie möglich von Machtfragen kontaminiert sind?

Eine umfassende Strukturreform der deutschen Universität wird, da können die Verhältnisse noch so absurd sein, nie aus Professorengremien heraus erfolgen. Es wäre daher an Bildungspolitikern in Bund und Ländern, den wissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Sinn einer Forschungspolitik zu hinterfragen, die zur Profilierung weniger „principal investigators" eine international einmalige Verschleuderung personeller und finanzieller Ressourcen betreibt. Der Titel des Exportweltmeisters ist im akademischen Personenverkehr teuer erkauft, denn zu verdienen gibt es an der Massenexilierung Tausender Wissenschaftler nichts. Damit Forschungsminister in der Universitätspolitik aber mehr als einen blinden Reformeifer an den Tag legen, müssen sie zwischen Raubkopien und Plagiaten unterscheiden können und eine halbwegs realistische Vorstellung von der Effizienz des deutschen Wissenschaftssystems haben.

Der Weg zu größerer Effizienz wäre von den britischen und amerikanischen Universitäten vorgezeichnet, die man in Deutschland gerne nachzuahmen vorgibt, von denen man sich aber immer weiter entfernt. In Großbritannien und in Nordamerika forscht mehr als die Hälfte der hauptberuflichen Wissenschaftler auf unbefristeten und unabhängigen Stellen, auf die sich bewerben kann, wer seine Dissertation erfolgreich abgeschlossen hat. Eine Annäherung an dieses System lässt sich in Deutschland nur bewerkstelligen, wenn man jener Institution zu Leibe rückt, an der sich die Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg die Zähne ausgebissen haben: dem Lehrstuhl. Man müsste die meisten Ordinariate samt Mitarbeiterstellen bei der Emeritierung ihrer Inhaber auflösen und, je nach Größe, in zwei oder mehrere unbefristete und unabhängige Lehr- und Forschungsstellen umwandeln, auf die man sich mit einem Doktorat bewerben und auf denen man bei hervorragenden Leistungen bis zum Professor aufsteigen kann. Wie in Großbritannien müsste die Stelle nach der Pensionierung ihres Inhabers wieder auf die Ausgangsposition zurückgestuft werden.

Im Rahmen einer solchen Strukturreform müssten zugleich die Evaluationsverfahren von den Forschungsanträgen zu den Forschungsergebnissen verschoben werden. Das würde die Geisteswissenschaften auch endlich dazu bringen, sich mit ihren Fachverbänden überprüfbare qualitative Standards zu setzen, nach denen ihre Arbeit von unabhängiger Seite bewertet werden könnte. Geisteswissenschaftliche Fächer wären damit nicht zuletzt in der Lage, jenem Szenario vorzubeugen, dem derzeit die britischen „humanities" unterliegen – dass mangels Eigeninitiative der Staat die Qualitätskriterien festsetzt und mit desaströsen Folgen umsetzt.

Würde eine solche Strukturreform konsequent umgesetzt, käme das akademische Nadelöhr wenige Jahre nach der Dissertation, die Überschussproduktion deutscher Wissenschaftler hätte ein Ende, die Hierarchien wären flacher, die Patronageabhängigkeiten kleiner, und talentierte junge Wissenschaftler könnten sich den Luxus leisten, ohne Gefahr originelle Würfe zu landen.

Caspar Hirschi ist Historiker und arbeitet am Institut für Wissenschaftsgeschichte der ETH Zürich.

Das müssen Sie schon aushalten, wenn Sie geistig tätig sind

Das Urteil im Fall des wegen einer Buchbesprechung verklagten Juristen Joseph Weiler ist entschieden – zugunsten der Meinungsfreiheit

Wer in Forschung und Lehre seine Ideen zu Markte trägt, muss mit genauer Beobachtung rechnen. Dass Wissenschaft kritische Selbstkontrolle braucht und akademische Kritik ein zentrales Element der Meinungsfreiheit in der Gelehrtenrepublik darstellt, lässt sich in einem konzisen Urteil nachlesen, mit dem das Tribunal de Grande Instance de Paris dieser Tage einen aufsehenerregenden Rechtsstreit entschieden hat. Im Verfahren gegen den Rechtswissenschaftler Joseph Weiler, Professor an der New York University Law School, ging es um die Reichweite der Meinungsfreiheit und die Rezensionspraxis wissenschaftlicher Zeitschriften. Vor Gericht gebracht hatte ihn die im israelischen Ramat Gan lehrende Juristin Karin Calvo-Goller – wegen angeblicher Verleumdung durch eine kritische Rezension ihres Buches „The Trial Proceedings of the International Criminal Court" (2006) im von Weiler herausgegebenen „European Journal of International Law" (EJIL).

Nicht den Verfasser der Kurzrezension, den Kölner Strafrechtler Thomas Weigend, machte Calvo-Goller für eine Beschädigung ihrer akademischen Reputation verantwortlich, sondern Weiler als den verantwortlichen Herausgeber. Ende Januar saß der angesehene Jurist, mit dem sich Kollegen verschiedenster Disziplinen solidarisiert hatten, in Paris auf der Anklagebank (F.A.Z. vom 2. Februar).

In ihrem Urteil erklären sich die französischen Richter nun zunächst für unzuständig und weisen die Klage Calvo-Gollers zurück. Zwar sei die im März 2007 auf der mit dem EJIL verbundenen Website www.globallawbooks.com veröffentlichte Rezension auch in Frankreich abrufbar gewesen, eine Verletzung der Persönlichkeitsrechte der Klägerin auf französischem Territorium sei daher grundsätzlich möglich gewesen. Doch habe Frau Calvo-Goller nicht den Nachweis erbracht, dass die von Weiler verantwortete Website tatsächlich während der Klagefrist in Frankreich abgerufen worden sei.

Damit wäre der Fall eigentlich erledigt gewesen. Doch Joseph Weiler hatte gegen die Klägerin seinerseits eine Schadenersatzforderung geltend gemacht, wegen rechtsmissbräuchlichen Verhaltens. Das Gericht musste also in der Sache entscheiden und ließ es dabei an deutlichen Worten nicht fehlen. Die Rezension enthalte lediglich eine moderate wissenschaftliche Beurteilung des Buches, sie überschreite keinesfalls die Grenzen „der freien Kritik, der sich jeder Autor eines geistigen Werkes aussetzt". Frau Calvo-Goller habe nicht nur die Reichweite des französischen Presserechts gründlich missverstanden, als in Frankreich ausgebildete Juristin sei ihr auch unwiderleglich der Vorwurf einer böswilligen Inanspruchnahme der Justiz zu machen. Das gezielte „forum shopping" der Klägerin, die „weltweite Suche nach der für den Kläger vorteilhaftesten Rechtsordnung, die zugleich den Beklagten in die für diesen unvorteilhafteste Situation versetzt, aus rechtlichen wie tatsächlichen Gründen", wird von den Richtern scharf verurteilt.

Zwar besitze Karin Calvo-Goller neben der israelischen auch die französische Staatsangehörigkeit, doch sie lebe und arbeite in Israel. „Das streitgegenständliche Buch ist in englischer Sprache verfasst, ebenso wie die Rezension, die auf einer amerikanischen Website veröffentlicht wurde, verbunden mit einer amerikanischen Universität, an der Joseph Weiler arbeitet." Die Klägerin habe dem Gericht erklärt, dass sie die französische Justiz wegen der geringeren Verfahrenskosten vorgezogen habe. Außerdem habe ihre Klage nur in der französischen Rechtsordnung Aussicht auf Erfolg gehabt. Weil das so rechtsmissbräuchlich angestrengte Strafverfahren dem Angeklagten Unannehmlichkeiten und Kosten verursacht hatte, wurde Joseph Weiler ein Schadenersatz in Höhe von 8000 Euro zugesprochen. Gewonnen hat die Wissenschaft. Den Pariser Richtern dürfte ein Platz in Lehrbüchern zu Presserecht, Wissenschafts- und Meinungsfreiheit sicher sein. ALEXANDRA KEMMERER

Geist und Tourismus

Italien unter Sparzwang lässt die Forschung bluten

ROM, im März

Mit einem Schrei um Hilfe wendet sich die internationale geisteswissenschaftliche Forschungsgemeinschaft in Rom an die Welt: Institutsschließungen, Entlassungen, Forschungskürzungen in den römischen Einrichtungen von siebzig Prozent in den letzten zehn Jahren führten dazu, dass die internationale Forschungsgemeinschaft um ihre örtlichen Partner bangt – das sagen die Direktoren auch der deutschen Einrichtungen vom Historischen Institut über die Archäologen bis zu den Kunsthistorikern an der Hertziana.

Die „Union der Institute für Archäologie, Geschichte und Kunst", die einst gegründet wurde, um die internationale und lokale Forschungsgemeinschaft in Rom gegen die Begehrlichkeiten der zurückweichenden Wehrmacht zu verteidigen, die im Winter 1943/1944 möglichst viele Bibliotheken nach Deutschland mitnehmen wollte, sieht sich jetzt vor der Gefahr, dass der Staat Italien selbst den Abbau betreibt. Die Union will darum das Jubiläumsdatum der italienischen Vereinigung vor 150 Jahren nutzen, um deutlich zu machen, dass die Zukunft Italiens auch davon abhängt, dass Italiens Vergangenheit weiter erforscht werde, sagte der Chef des italienischen Instituts für mittelalterliche Geschichte, Massimo Miglio. Rom sei kein Platz wie andere, sondern Weltzentrum für Jahrhunderte und darum Forschungsinteresse aller, meinte Walter Geerts, der Präsident dieser Union und Leiter der belgischen Akademie.

Der Appell an die Presse erfolgt nach erfolglosen Versuchen, mit der italienischen Politik ins Gespräch zu kommen. Kultusminister Bondi und Bildungsministerin Gelmini sind zu schwach, um beim Finanzminister mildere Sparmaßnahmen zu erwirken; und dieser will unter dem Druck der EU keine Zugeständnisse machen. Bondi und Gelmini verweigern sich dem Gespräch mit der Wissenschaft.

In ganz Italien kämpfen die Einrichtungen der Wissenschaft und Kultur um ihre Existenz; in Rom sieht es dabei noch vergleichsweise gut aus. Katastrophen werden aus Neapel oder Catania gemeldet. Die im italienischen Gesetzblatt unter dem Titel „Sofortmaßnahmen zur Finanzstabilisierung und wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit" nachzulesenden Maßnahmen fordern, die „Haushaltsmittel für Körperschaften, Institute, Stiftungen und andere Organisationen um fünfzig Prozent gegenüber dem Jahr 2009" zu kürzen. Immerhin setzte Staatspräsident Napolitano einen Anhang mit einer Liste von 232 Instituten durch, die aus dem Dekret herausgenommen werden sollen. Bei ihnen sollte die staatliche Hilfe ganz gestrichen werden. Aber damit ist noch nicht viel gerettet.

Der Philosoph Riccardo Pozzo, der in Italien die Alexander von Humboldt-Stiftung vertritt, hat Verständnis für Sparmaßnahmen, aber nicht für den Totalschlag und die Planungsungewissheit. Es habe schon bisher nicht für jedes Jahr einen Haushalt gegeben, aus dem Institute ihre Vorhaben finanzieren konnten, etwa 2008 und 2009, sagt er. Jetzt erst habe er seine Vorhaben aus dem Haushaltsjahr 2007 abrechnen können und hoffe auf Mittel aus einem Haushalt 2010. Dabei leiden nicht die Professoren und Festangestellten. Es gibt das Geld für die Gebäude, die Heizung und das Telefon, aber nicht für die Arbeit, für Kurzverträge und Vorhaben für Studium und Graduiertenprogramme, Ausstellungen und Bücherkäufe.

Michael Matheus, Chef des Deutschen Historischen Instituts, erklärte, Italien vergehe sich an seiner Jugend, an den Studenten, die zum Teil gar nicht Historiker oder Archäologen werden, sondern mit ihrer Fachausbildung in andere Bereiche ausströmen. Die wichtigsten Historikervereinigungen Italiens sehen in der unterschiedslosen Streichung der Zuwendungen „ein schweres Symptom der Unkultur und der kulturellen Armut". Das ist der Kern einer Formulierung, die in ihrer vollen Länge ausgesprochen hölzern klingt, und dahinter steckt ein Teil des Problems: Die Wissenschaft in Rom mit ihrer jahrhundertealten Tradition war es bisher kaum gewohnt, um Gelder und ihre Zukunft zu kämpfen.

Jetzt plötzlich steht Roms Identität auf dem Spiel. Man habe doch genug römische Grabungen, heißt es, Renaissance und Barock im Überfluss. Es sei wichtiger, in Medizin und Physik zu investieren. Auf der Piazza Venezia, wo Tag für Tag der Verkehr vorüberdonnert, liegt derzeit ein tiefes Grabungsloch. Darunter soll eine neue U-Bahn-Linie entstehen. Es geht um spektakuläre neue Erkenntnisse, um bisher unbekannte Prunkbauten beim Trajans-Forum. Während den Römern offenbar ihr Erbe, auf das sie einst stolz waren, lästig wird, ziehen alltäglich viele tausend Touristen wissbegierig am Grabungsloch vorbei. Tourismus ist einer der wichtigsten Einnahmequellen Italiens, und die Wissenschaft ist Serviceunternehmen für die Tourismusbranche und Italiens Reichtum. JÖRG BREMER